

Notfall



eine Offenbarung der O H N M A C H T :
der "K A T A S T R O P H E N S C H U T Z"
in der Umgebung des Atomkraftwerkes Grohnde

Zum Geleitwort des Herrn KALLMEYER

Mit der zynischen Empfehlung des Oberkreisdirektors, ihn gut aufzubewahren, damit wir uns alle "ein wenig auskennen", um im Notfall "einen kühlen Kopf" zu bewahren, stellte man uns allen, die wir im Gefahrenbereich des Atomkraftwerkes Grohnde leben, einen Katastrophenschutzplan zu.

WARUM gab man, im Gegensatz zu allen anderen "denkbaren" Katastrophen (für die seit Jahren ein Notschutzplan existieren soll), für das Atomkraftwerk diese, von hohen Steuermitteln gedruckt, "Informationsschrift" in die Hand jedes Bürgers?

WEIL VERANTWORTLICHE das AKW-Grohnde doch nicht für so sicher halten, wie sie immer behaupten?

WEIL VERANTWORTLICHE das AKW-Grohnde, das ja in mitten der ersten militärischen "Verteidigungslinie" zum (wie Ronald Reagan, Präsident der USA, sagt) "Reich des Bösen" steht, für eines der ersten Angriffsziele halten?

WEIL VERANTWORTLICHE, nachdem sie sich bei einem eventuellen Notfall rechtzeitig absetzen konnten, ihn als Alibi für eine spätere Rechtfertigung brauchen: Die Opfer hätten eben ihre Lektion nicht begriffen?

WARUM schließlich, genügt es dem Oberkreisdirektor, wenn Sie sich "ein wenig" auskennen?

WEIL amtliche Aufklärung über die gesamte Palette der Gefahren, die der Betrieb eines AKW's mit sich bringt, viele Bürger, die sich bislang noch nicht ernsthaft damit auseinandergesetzt haben, in Angst und Schrecken versetzen könnte?

Aus der Vielzahl der Fragen, die dieser traurige Plan offenläßt, stellen wir auf den folgenden Seiten einige wichtige zur Debatte.

Zur NOTFALLSCHUTZPLANUNG

Wie Verantwortungsbewußtsein und Aufsichtspflicht für den Betrieb dieses AKW's einzuschätzen sind, zeigt schon die mangelnde Abstimmung der Notschutzpläne von AKW-Betreibern und Landkreis.

Die, für die Evakuierung nötige, Sektoren-Einteilung differiert beträchtlich, sodaß es im Notfall zu folgenschweren Fehlanweisungen kommen könnte.

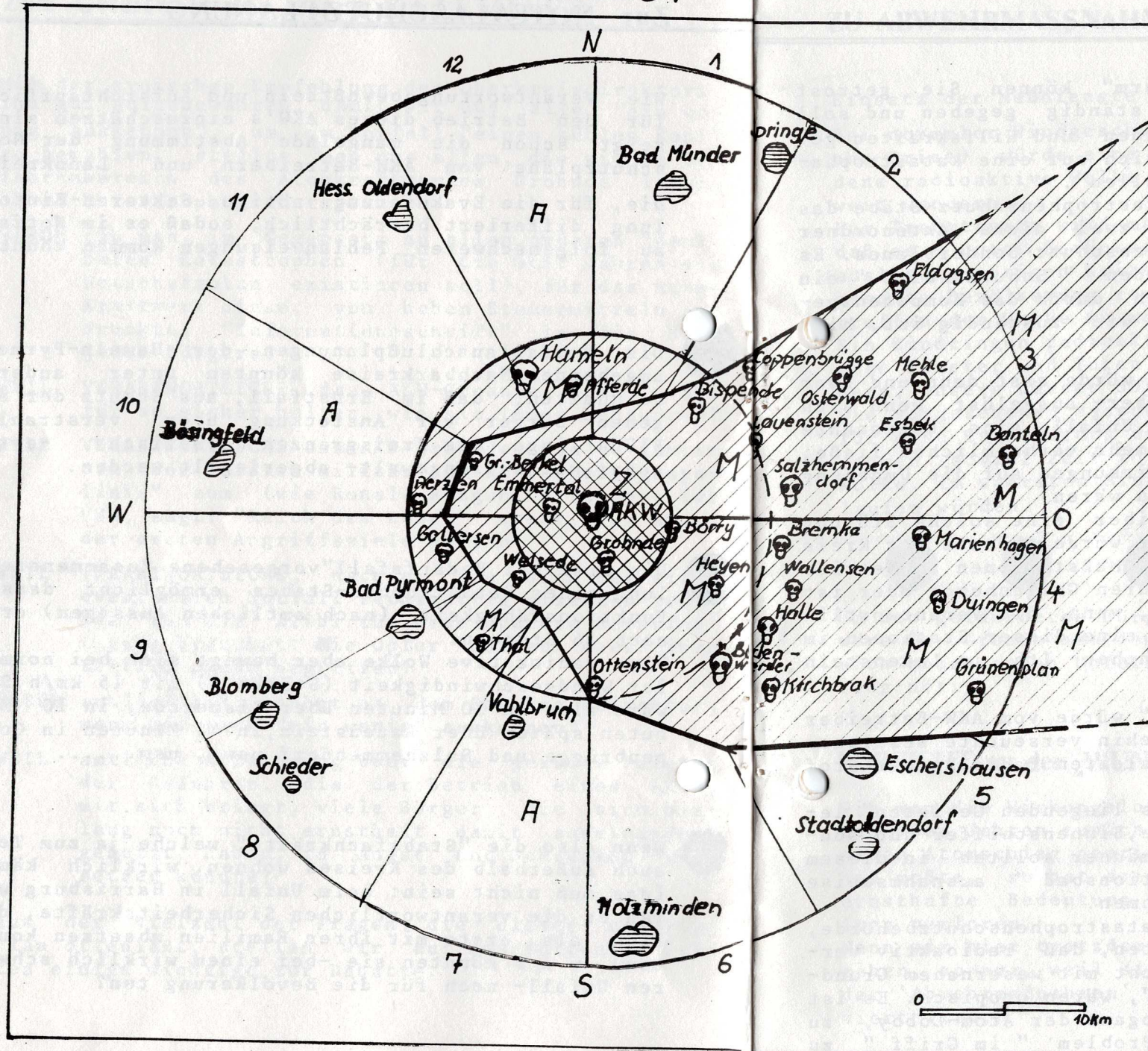
Die Notfallanschlußplanungen der Hameln-Pyrmont umgebenden Nachbarkreise könnten unter anderem beinhalten, daß im Ernstfall, aus Schutz der eigenen Bürger vor Ansteckung über verstrahlte Flüchtlinge, die Kreisgrenzen hermetisch -evtl. sogar mit Waffengewalt- abgeriegelt werden.

Die erst "bei Bedarfsfall" vorgesehene Zusammenstellung eines Katastrophen-Stabes ermöglicht dessen Funktionsfähigkeit (nach amtlichen Aussagen) erst nach 36 Stunden.

Eine radioaktive Wolke aber bewegt sich bei normaler Windgeschwindigkeit (Stärke 3) mit 15 km/h. Sie wäre also in 30 Minuten über Bisperode, in 10 Minuten später über Lauenstein, in 45 Minuten in Coppenbrügge und Salzhemmendorf usw., usw.....

Wenn also die "Stabsfachkräfte", welche ja zum Teil auch außerhalb des Kreises wohnen, wirklich kämen (das muß nicht sein: beim Unfall in Harrisburg waren es die verantwortlichen Sicherheitskräfte, die sich als erste mit ihren Familien absetzen konnten), was könnten sie -bei einem wirklich schweren Unfall- noch für die Bevölkerung tun?

Zonen und Sektoren



Z
Zentralzone

M
Mittelzone

A
Außenzone

1- 12
Sektoren

tatsächliches Gebiet
der Zone „M“ in Ab-
hängigkeit von der mitt-
leren Windrichtungsver-
teilung

Zu Alarmstufen

Den "Katastrophenvoralarm" können Sie getrost vergessen, denn er ist ständig gegeben und soll dazu dienen, "den Behörden und Hilfskräften genügend Zeit zu geben, sich auf eine katastrophale Entwicklung einzustellen".

Dazu gehört für die Katastrophenschutz-Stäbe das sorgfältige Studium des zwei dicke Aktenordner umfassenden Katastrophenschutz-Sonderplanes. Es ist für die betreffenden "Schutzkräfte" ein Spiel ohne Grenzen, sich durch das Kompetenzgewirr: wer wann, wo und wie zuständig ist, hindurchzufinden.

Der "Katastrophenalarm" würde erst dann und zwar nur von dem AKW-Betreiber ausgelöst, wenn sich ein strahlentechnischer Unfall, eine sogenannte Betriebsstörung nicht mehr verheimlichen ließe, und schwerwiegende Auswirkungen auf die Umgebung nicht mehr zu verhindern wären.

Erst wenn der AKW-Betreiber eine solche Störung an die Verwaltung melden würde, könnte der Kreis seine eigenen mobilen Maßstationen in Betrieb nehmen. Spricht es für ihren Galgenhumor oder ist es ganz einfach töricht, wenn die Verantwortlichen des Landkreises eine dieser Stationen im Windschatten des 430 m hohen Ith in Lauenstein aufstellen ließen?

Der "Sonderalarm Wasser" würde vom AKW-Betreiber ausgelöst, wenn das ohnehin verseuchte Weserwasser zusätzlich durch Einleiten radioaktiver Stoffe aufgeladen würde.

Die in den "weserabwärts liegenden Gebieten" lebenden Angler, Fährleute, Binnenschiffer und sonstige Wasserfrauen und -männer sollten in diesem Fall ihr "Dekontaminationsbad" ausnahmsweise nicht im Weserwasser nehmen.

Die Anweisungen der Katastrophenschutzbehörde, "streng darauf zu achten, daß radioaktiv verseuchtes Weserwasser nicht mit wesernahem Grundwasser in Kontakt kommt", wären utopisch. Es ist bezeichnend für die Arroganz der Atom-Lobby, zu behaupten, auch dieses Problem "im Griff" zu haben!

ZU ABWEHRMASSNAHMEN

Einsatz der Meßdienste

Bei normaler Windgeschwindigkeit (Stärke 3, schwache Brise) würde eine bei einem Unfall entstandene radioaktive Wolke in einer Stunde etwa 15 km weit wandern.

Nur Trauamtänzer wird man davon überzeugen können, daß es - unter Berücksichtigung aller zur Alarmauslösung nötigen Kriterien - gelingen könnte, die gesamte Bevölkerung rechtzeitig vor dem Eintreffen der Wolke zu warnen.

Ein Eindringen radioaktiver Strahlen durch geöffnete Fenster und Türen wäre also kaum zu verhindern, unsere Häuser böten somit wenig Schutz.

Die vorgesehenen Messungen, welche als Grundlage für eine Evakuierung durchgeführt werden sollen, nehmen soviel Zeit in Anspruch, daß sie dieser Wolke, im wahrsten Sinne des Wortes, hinterherlaufen würden.

Um den gefährdeten Bürgern eine Chance zu geben, wäre im Grunde bei dem kleinsten Verdacht eines sich anbahnenden Unfalls eine sofortige Evakuierung nötig.

VORSICHT vor der „WUNDERDROGE“

Wie man die Wirkungslosigkeit der Aktentasche (in den 50er Jahren zunächst als Schutzmittel gegen einen Atomschlag gepriesen) irgendwann eingestehen mußte, so hat seit längerem die Jodtablette ernsthafte Bedeutung bei radioaktiver Bestrahlung verloren.

Wenn wir hier trotzdem auf ihre Problematik eingehen, so nur, weil sie in der ärmlichen Auswahl der 'Abwehrmaßnahmen' als wahre Wunderdroge serviert wird.

Der Optimismus Verantwortlicher, sie j e d e r - z e i t in den Wahllokalen bereithalten und im Notfall schnell und korrekt an die Bevölkerung austeilten zu können, erstaunt. Doch selbst ein völliges Scheitern der Ausgabe würde die Tragik eines AKW-Unfalls kaum vergrößern, denn:

-die Jodtabletten müßten 1/2 bis 1 Stunde vor dem Einatmen radioaktiven Jods eingenommen werden, also am besten kurz v o r einem Unfall im AKW.....
- bereits aufgenommenes radioaktives Jod kann durch Jodkalium-Tabletten nicht wesentlich abgebaut werden
- auf andere radioaktive Stoffe, von denen der Körper bei einem AKW-Unfall ebenfalls große Mengen aufnimmt, bleiben diese Tabletten ohne jede Wirkung

BEI SCHILDDRÜSEN-ERKRANKUNGEN UND JODÜBEREMPFINDLICHKEIT KANN DIE EINNAHME VON JOD SOGAR LEBENS-BEDROHENDE ZUSTÄNDE HERVORRUFEN.

Durch die Ausgabe dieses wirkungslosen "Beschwichtigungsmittels" würde also, selbst bei einem falschen Alarm, das Leben vieler Bürger gefährdet!

Anstatt, aufgrund dieser Kenntnisse sofortige Reihenuntersuchungen zu veranlassen, haben die Verantwortlichen des Landkreises diese Tatsache in ihrem Katastrophenschutzplan nicht einmal erwähnt!

EINSATZ DER SCHUTZEINHEITEN

Ohne weiteren Kommentar geben wir hier einen Auszug aus dem Katastrophenschutz-Sonderplan wieder:



Kriterien zur Auslösung der Evakuierung

Die natürliche Strahlenbelastung des menschlichen Körpers (außerhalb des Wirkungskreises eines Atomkraftwerkes) beträgt 0,1 rem

Was Ihnen bis zur Auslösung einer Evakuierung zugemutet wird, zeigt in erschreckender Offenheit die nachfolgende Statistik des o f f i z i e l l e n Katastrophenschutzplanes:

Verbleiben im Haus Räumung

I	bis 25 rem	zweckmäßig	nein
II	25 - 100 rem	erforderlich	zweckmäßig
III	über 100 rem	erforderlich	erforderlich
		(bis zur Räumung)	

Hierzu muß gesagt werden, daß es sich bei diesen Messungen um Strahlenwerte handelt, die nach einem kurzen Aufenthalt im Freien festgestellt wurden. Die Gefahr, welche diese Werte für den menschlichen Organismus bedeuten, würde durch einen längeren Verbleib im Freien (Vorbereitung, Aufsuchen von Bahnhöfen oder Sammelplätzen, Warten auf Zug, Bus, LKW usw.) wesentlich erhöht.

Radioaktive Stoffe, die zusätzlich durch Inhalation, Aufnahme von Nahrung usw. in den Körper eindringen würden, wären nicht direkt meßbar, sie könnten bestenfalls grob geschätzt werden.

ZUR EVAKUIERUNG

Der Ablauf einer Evakuierung widerspiegelt sich in der Vorstellung der Katastrophenschutz-Behörde nahezu harmonisch. Die eigentlichen Schwierigkeiten scheinen darin zu bestehen, daß die betroffenen Bürger sich (natürlich völlig unbegründete) Sorgen um Angehörige in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern usw. machen könnten. Daß Bürger Proviant und warme Decken vergessen und in Panik geraten, statt einen kühlen Kopf zu bewahren.

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, sich auszumalen, was geschieht, wenn sich 50 bis 60 Tausend Bürger (amtlicherseits rechnet man mit dieser Anzahl) gleichzeitig mit ihren PKWs in Fluchtrichtung in Bewegung zu setzen versuchen. Unter Umständen bei ungünstigem Wetter: Regen, Schnee, Glatteis.

Durch Unfälle hoffnungslos verstopfte Straßen im gesamten Evakuierungsgebiet. Kein Vor- und Zurück! Keinerlei Möglichkeit, das Chaos auf teilweise engsten Fahrbahnen zu entwirren.

Nach vielstündigem Warten bliebe die kopflose Flucht. Zu Fuß, die Angst, von todbringenden Strahlen erreicht zu werden, im Nacken.

Unpassierbare Straßen würden natürlich ebenfalls die sogenannte Planevakuierung mit den vom Katastrophenschutzstab eingesetzten Bussen und Militärfahrzeugen völlig zum Erliegen bringen.

Schon bei den Sammelplätzen für diese Planevakuierung könnte es zu dramatischen Zwischenfällen kommen. In der ängstlich auf Abtransport wartenden Menschenmenge würden selbst blutige Gewalttätigkeiten bei dem Kampf um die ersten Plätze in Bussen und LKWs nicht auszuschließen sein.

Ob, wie im Notfall vorgesehen, 34.000 Bürger mit der Bundesbahn evakuiert werden könnten, ist mehr als fraglich. Selbst wenn sich das notwendige Betriebspersonal zur Verfügung stellen würde (was nicht sein muß; viele Bundesbahner sind Familienväter), bestünde die Gefahr, daß die Bahngleise als Fluchtwege großer Massen von Fußgängern nur schwer befahrbar wären und deshalb nur ein Bruchteil der kalkulierten Menge Rettungsbedürftiger befördert werden könnte.

Besonders markaber stellt sich die Situation für die Kranken und Behinderten in den Krankenhäusern und Kliniken innerhalb des Gefahrenkreises dar: für ihren Transport, bei einem Notfall, stehen nur 12 Fahrzeuge à 4 Liegen zur Verfügung. Selbst, wenn es nicht zu dem zu erwarteten Verkehrschaos kommen würde, muß man davon ausgehen, daß diese Fahrzeuge jeweils nur für einen Transport verwendet werden könnten. Nach diesem Transport wären sie auf viele Monate stark verstrahlt und nicht mehr einsatzfähig.

Die für alle Katastrophenhelfer (man kalkuliert den Einsatz von tausenden: Polizisten, Feuerwehrleuten, Soldaten usw.) dringend notwendige Strahlenschutzkleidung, wird erst garnicht bereitgehalten!

Bei einem wirklich schweren Unfall wäre es jedoch am wahrscheinlichsten, daß man (aufgrund des schon angesprochenen großen Zeitaufwandes) große Teile der betroffenen Bevölkerung garnicht mehr evakuieren könnte. Wegen der bereits zu hohen Bestrahlung würden sie isoliert, müßten in den zum Quarantänegebiet erklärten Zonen bleiben. Die Abgrenzung dieses Gebietes würde, aus Sicherheitsgründen für die noch nicht versuchte Bevölkerung, die Unüberwindbarkeit der "Zonengrenze" noch erheblich überbieten.

Auf unsere Frage, wie man sich die Rückführung der Bevölkerung vorstelle, wußte die Katastrophenschutzbehörde "aus Mangel an Erfahrungswerten" keine Antwort.

Begnügen Sie sich hiermit:

Dokumentationen aus der UDSSR machten schon vor Jahren bekannt, daß nach Atom-Unfällen Riesengebiete zu "totem Land" wurden, das noch für viele Jahre unbewohnbar bleibt.

ZU EINRICHTUNGEN/ MED. BETREUUNG

Die Möglichkeiten für eine ärztliche Betreuung reihen sich würdig in dieses unverantwortliche Programm der Hilflosigkeit ein:

Nirgendwo in der Bundesrepublik stehen Spezialkrankenhäuser bereit, die imstande wären, Strahlengeschädigte aufzunehmen und durch speziell geschultes Personal versorgen zu lassen.

Im einzelnen stehen im gesamten Bundesgebiet ca 200 solcher Spezialkrankenhauspätze, verteilt auf viele Kliniken zur Verfügung, - im Landkreis Hameln-Pyrmont kein einziger! Daß es hier lediglich zwei Fachärzte gibt, die in der Lage wären Strahlengeschädigte zu behandeln, vergrößert das Ausmaß der Ohnmacht kaum.

Dekontamination

Mögen die laut Katastrophenschutz-Sonderplan vorgesehenen Maßnahmen für eine Dekontamination bei einem leichten AKW-Störfall noch einen gewissen Erfolg versprechen, wären sie bei einem größeren Unfall zur fast völligen Wirkungslosigkeit verurteilt.

Für diese im Notfall(durch Waschungen) vorgesehenen Versuch, verstrahlte Menschen zu entseuchen, ist eine Notfallstation geplant (in Hameln oder Hess.-Oldendorf oder Bad Pyrmont oder Bad Münden).

Grämen Sie sich nicht, wenn der letztlich gewählte Standort nicht in der Nähe Ihres Wohnorts ist: der Wert dieser Waschungen gilt in Fachkreisen sowieso für mehr als fragwürdig!

Der im Notfall vorgesehene Einsatz von nur zwei (oder drei?) Fachärzten scheint zu bestätigen, daß auch unsere Verantwortlichen keine großen Wunder erwarten.

So verlangen sie denn auch von diesen Ärzten (lt. Katastrophenschutz-Sonderplan) in erster Linie psychologisches Einfühlungsvermögen.

Damit Sie - liebe Mitbürger- nicht ohne seelischen Trost verstrahlen?

Zu "VERHALTENSREGELN"

Diese sarkastischen Empfehlungen dokumentieren am brutalsten die geradezu beleidigende Verantwortungslosigkeit unserer Verantwortlichen. Es wird gezeigt, wie man den Bürger sich selbst bzw. (nach Hissen eines Bettlakens) der Barmherzigkeit seiner Nachbarn überläßt.

Ohne regelmäßige, bis ins kleinste Detail durchgeführte Übungen (wobei Verdienstaustausch, Fahrtkosten und Spesen zu Lasten der AKW-Betreiber gehen müssen) sowie ärztliche Routine-Untersuchungen, ist das Aufstellen von Verhaltensregeln schlichtweg eine Unverschämtheit!

Sollen wir unsere Kinder und andere hilfsbedürftige Verwandte, die sich zur Zeit eines Unfalls in entgegengesetzter Richtung zum Verkehrsstrom befinden (Kindergarten, Schule, Pflegeheim usw.), der Obhut eines vielleicht funktionierenden Notfall-Schutzstabes anvertrauen?

Sollen wir Haustiere, für viele alte und vereinsamte Menschen der letzte und einzige Freund, einfach abhaken? Im Ernstfall ins Haus geholt, einem erbärmlichen Hungertod überlassen?

Sollen wir schwertransportierbare Wertgegenstände einer möglichen Plünderung aussetzen oder vorsichtshalber schon jetzt Farbfernseher, HI FI- und Stereoanlage, Stilmöbel und wertvolle Bilder, Teppiche, Bücher zu Freunden und Verwandten außerhalb der Gefahrenzone bringen?

Und hier noch eine Empfehlung, die nicht im offiziellen Plan des Landkreises steht:

Lassen Sie sich nicht zu Tätlichkeiten oder Sühneakten gegenüber einem Ihrer Meinung nach Verantwortlichen hinreißen! Die "großen Fische" haben sich dann längst in Sicherheit gebracht! Und Verantwortung für das AKW-Großende tragen schließlich alle Parteien, die während der letzten 10 Jahre im Land und Bund regiert haben

Ist das AKW bei Normalbetrieb wirklich ungefährlich ?

Wenn man der Aussage der Betreiber vertraut, heißt die Antwort ganz klar "ja". Diese Behauptung ist jedoch vorsichtig ausgedrückt höchst fahrlässig. So können wir ganz sicher davon ausgehen, daß selbst bei Normalbetrieb immer kleinere Mengen von Radioaktivität an die Umgebung abgegeben werden. Die Betreiber sagen dazu, daß es sich hierbei um Strahlendosen handelt, die weit unter den Werten liegen, denen sich jeder Bundesbürger durch natürliche Strahlung im Schnitt (110 Millirem) ausgesetzt sieht. Legt man dabei nur die Meßwerte zugrunde, so ist das richtig. Da es sich aber bei der natürlichen Strahlenbelastung zum großen Teil um materienlose Strahlung handelt, ist unsere Haut in der Lage, diese fast vollständig abzuwehren. Anders bei der Atomstromgewinnung, da werden Materieteilchen (Nuklide) mit der Strahlung freigesetzt. Diese können in den Körper gelangen und dort unsere Organe bestrahlen. Die Gefahr Krebs oder Leukämie zu bekommen wächst dadurch erheblich. Künstliche und natürliche Strahlenbelastung sind also ganz klar in ihrer Gefährlichkeit von einander zu trennen. Bei jeder künstlichen Strahlenbelastung besteht die Gefahr der Anreicherung auf biologischen Wege. Das Atomkraftwerk produziert künstlich radioaktive Spaltprodukte, die in flüssiger oder gasförmiger Art in die Biosphäre gelangen. In der Luft, im Boden und im Wasser werden sie von Pflanzen und Mikroorganismen aufgenommen. Hier geschieht ihre erste Anreicherung. Die nächste Station sind Tiere und größere Pflanzen. Eine erneute Anreicherung setzt ein. Über die Nahrungsaufnahme gelangen die Spaltprodukte nun schon erheblich angereichert in den menschlichen Organismus. Die Folgen einer weiteren Anreicherung, die unumgänglich ist, sind Ihrer Phantasie überlassen.

Längst ist das Argument, ohne Atom-Energie ginge in Kürze das Licht aus, widerlegt. In Grohnde erzeugter Atomstrom muß zu Schleuderpreisen in weit entfernten Regionen angeboten werden.

Man hat, ohne daß ein Bedarf dafür vorhanden war, diese Zeitbombe in unserer Nachbarschaft in Betrieb gesetzt,

TROTZ massenhafter Proteste und fundierter Warnungen.....

TROTZ der weiterhin ungeklärten Frage der Endablagung radioaktiver Abfälle.....

TROTZ des Wissens um die großen Gefahren beim Transport eben dieser Abfälle.....

Selbst wenn es zu Störungen oder gar größeren Unfällen nie kommen sollte, ist alles Leben im weiten Umkreis des Atomkraftwerkes einer gesundheits-schädigenden Dauerbelastung ausgesetzt.

Mehrere Studien unabhängiger Wissenschaftler ergaben, daß auch bei 'Normalbetrieb' Krebserkrankungen in der Umgebung von AKW's sprunghaft angestiegen sind. Die wirklichen Folgen werden sich jedoch - wie Fachleute sagen - erst in 10 bis 30 Jahren zeigen.

Das ist bekannt: Wer in diesem unseren Lande der herrschenden Politik und deren Geschäftspartnern mißtraut, gerät unter Beschuß - "die werden doch von 'drüben' bezahlt", wissen die ganz Schlaunen schon immer. (Uns stört das nicht, auch durch ständige Wiederholung verliert diese Phrase nichts von ihrer Dummheit...und ganz nebenbei, auch 'drüben' werden AKW's gebaut.)

Mit viel Geld und glanzvollen Expertisen glauben diese Herren, lebensbedrohende Tatsachen verharmlosen und stichhaltige Argumente im Handstreich erledigen zu können.

Gerade deswegen: Hüten Sie sich vor blindem Vertrauen gegenüber der Atom-Lobby und ihren ehrenwerten Wissenschaftlern!

Lassen Sie sich nicht einschläfern!

Die Zeitbombe Grohnde tickt.....

Im Namen aller,

*die verlangen, das AKW abzuschalten,
zeichnen hierfür verantwortlich:*

*DIE GRÜNEN · Kreisverb. Hameln-Pyrmont
erarbeitet; OV Coppenbrügge
Druck: Zebra - Druck*